Neujahrsrede 2011 des Mannheimer Oberbürgermeisters Dr. Peter Kurz

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger Mannheims und der Metropolregion,

ich wünsche Ihnen allen – auch im Namen meiner Frau – ein gutes, ein glückliches 2011, das Ihre Hoffnungen erfüllt und mögliche Befürchtungen nicht bestätigt.

Für die Stadt Mannheim liegt – alles in allem – ein solches Jahr hinter uns.
Wenn wir heute auf das Jahr 2010 zurückblicken, dann schauen wir auf ein Jahr, das weit besser verlaufen ist, als wir es zu Beginn zu hoffen wagten. Oder hätten Sie vor einem Jahr ein solches 2010 erwartet? Blicken wir zurück: der größte Wirtschaftseinbruch seit 80 Jahren. Nun im Dezember 2010 die niedrigste Arbeitslosigkeit seit fast 20 Jahren – wer hätte das als Schlagzeile vorauszusagen gewagt? Das kann und sollte Mut machen.

Die große Krise des Jahres 2009 und die bislang nicht bewältigten Folgen haben im Jahr 2010 auch schwierige Entscheidungen abverlangt und vor allem die Beantwortung der Frage verlangt, wie wir dieser Krise und ihren Folgen begegnen wollen. Die Antwort auf diese Frage war eindeutig: Wir wollten nicht nachlassen darin, die Wettbewerbsfähigkeit unserer Stadt zu erhöhen. Wir wollten eine Balance finden zwischen Stützung der Konjunktur, Einsparungen und Zukunftsinvestitionen, keine Stagnation entstehen lassen. Das ist gelungen. Die großen finanziellen Herausforderungen können wir nicht durch reine Sparprogramme bewältigen. Für die Zukunft – und eben auch die finanzielle Zukunft unserer Stadt – ist nämlich ein Mehr an Bildungserfolg, ein Mehr an Integration, ein Mehr an Wertschöpfung in der Stadt und ein Mehr an sozialer Ausgewogenheit in der Zusammensetzung der Stadtbevölkerung entscheidend. Dies verlangt gezielte Investitionen. Zugleich haben wir in der Krise vorgeschlagen, nicht mehr zwingend benötigte Infrastruktur aufzugeben, um Kraft für neues zu gewinnen und so nicht einfach defensiv zu reagieren: So werden zwei Schulstandorte und ein Heimgelände aufgegeben. Die 63 Punkte des Haushaltsstrukturprogramms, das bis 2013 schrittweise einen jährlichen Einsparbetrag von 22 Mio. Euro erbringen soll, wurden bis auf wenige Ausnahmen beschlossen und werden in der Umsetzung konsequent verfolgt.

Vor einem Jahr habe ich an den Gemeinderat appelliert, in dieser außergewöhnlichen Krisensituation nicht das Trennende, sondern das Gemeinsame zu suchen. Ich möchte heute dem Gemeinderat in seiner Gesamtheit danken, dass er dieses im Jahr 2010 getan hat. In dieser Situation einen Haushalt mit 80%iger Zustimmung zu beschließen, ist alles andere als selbstverständlich.

Diese Fähigkeit zum Konsens auch bei in der Öffentlichkeit hoch strittigen und schwierigen Entscheidungen zeigte sich nicht nur beim Haushalt. Nicht zuletzt konnte die sehr breit und aufwendig geführte Diskussion um die Stadtbahn-Nord zu einer überaus breiten Zustimmung im Gemeinderat geführt werden.

Große Einigkeit gab es auch bei der ganz wichtigen Entscheidung über die Fortführung des Job-Centers als gemeinsame Einrichtung mit der Bundesagentur für Arbeit. Hier hatten wir erfolgreich bundesweit mit den Mannheimer Erfolgen des Job-Centers für eine Verfassungsänderung geworben. Ein Beispiel der Erfolge unseres Jobcenters: Wir haben es geschafft, die Jugendarbeitslosigkeit bei Hartz-IV-Empfängern auf derzeit 0,3% zu drücken! Und wir realisieren hier wirklich das so oft bemühte und so selten umgesetzte „Fördern und Fordern“, im Übrigen auch ein Beitrag zu unserem heutigen Thema „sichere Stadt“.

Die Einführung der Werkrealschule zwang uns zu einer potentiell sehr konfliktträchtigen Entscheidung zur zukünftigen Schulstruktur: Nicht weniger als acht Hauptschulstandorte werden aufgegeben. Hier ist es mit guter fachlicher Vorbereitung und Vorberatung gelungen, eine breit akzeptierte Entscheidung zu treffen, die es uns ermöglicht, unsere Kräfte dort zu konzentrieren, wo wir die größten Erfolge erwarten können.

Aber 2010 war ein Jahr, in dem wir noch mehr bewegen konnten, was auch das neue Jahr 2011 prägen wird: Schwerpunkt unserer Anstrengungen war 2010 einmal mehr die Bildung: die Ausweitung des Mannheimer Unterstützungssystems Schule, die Einführung eines Programms zur musikalischen Frühförderung, insbesondere von benachteiligten Kindern, die Einrichtung von zwei weiteren Eltern-Kind-Zentren, Investitionen für 18 neue Kinderkrippen, die Ausweitung der Hortversorgung um fast 500 Plätze, das Konjunkturprogramm und große Sanierungen wie die der IGMH seien als Stichworte genannt. Der erste Bildungsbericht wurde vorgelegt und fand bundesweit Beachtung. Wir sind Teil wichtiger Landes- und Bundesprojekte in der Bildung; auch das dürfen wir als Auszeichnung sehen.

Wir haben bei den Investitionen in diesem Doppelhaushalt den eindeutigen Schwerpunkt im Bereich der Bildung und werden dies beibehalten. Dennoch will ich aufgrund der besonderen Situation heute ankündigen, dass wir dem Gemeinderat vorschlagen werden, Mittel für andere Baumaßnahmen umzuschichten, um sehr kurzfristig ein Sonderprogramm zur dringenden Reparatur von Straßen und Beseitigung der Schlaglöcher aufzulegen.

Mit der Umsetzung der neuen wirtschaftspolitischen Strategie wurde 2010 begonnen. Die EU-Fördermittel für Mannheim werden gezielt weiter in Existenzgründung investiert: u.a. wurden ein neues Förderprogramm "Kreatech" aufgelegt, die Erweiterung des Technologiezentrums Mafinex und der Bau eines Kreativwirtschaftszentrums beschlossen. Das Projekt zur Gründung eines Fraunhofer-Instituts für Medizintechnik in Mannheim wurde entscheidend vorangetrieben. In diesen Instituten werden neue Produkte entwickelt. Sie sind damit ebenso Wirtschaftsförderung wie Wissenschaft. Hier danke ich insbesondere Prof.von Hoyningen-Huene und einem enorm engagierten Projektteam der medizinischen Fakultät Mannheim und der Universität Heidelberg. Ich hoffe sehr, dass in den nächsten Wochen eine positive Entscheidung der Landesregierung zu diesem Projekt fällt. Es wäre nicht nur ein guter Start in das Jahr 2011. Es wäre eine ganz wichtige, langfristig wirkende Entscheidung für die wirtschaftliche Entwicklung des Standorts Mannheim.

Positive Wirtschaftsnachrichten waren die Investitionen von Roche, die Übernahme von MWM durch Caterpillar, die Ansiedlung von PWC und MetoKote, die Einweihung des Eurocity-Centers Nord am Bahnhof, der Beginn der Baumaßnahmen bei Dachser, Q 6/Q 7 und Mömax in K 1. Am Ende des Jahres gab es endlich auch eine Einigung zur Neubebauung von T 1. Mit dem Beschluss über den Bebauungsplan zum neuen Stadtquartier "Mannheim 21" und der Räumung des Bahngeländes sind nun alle Vorbereitungen für einen Start dieses großen Stadtentwicklungsprojekts abgeschlossen: Q6/Q7 und Mannheim21 werden hoffentlich sichtbare Zeichen der Zukunftsentwicklung unserer Stadt im Jahr 2011 sein.

Neue Impulse für den Wohnungsmarkt setzten wir mit der Studie „Wohn.Raum.Stadt“, die interessante Potenziale für attraktives Wohnen in der Stadt nachweist. Sie machte uns sofort handlungsfähig, um auf die Entscheidung der US-Streitkräfte, Mannheim bis 2015 zu verlassen, reagieren zu können. So liegt für die Hammonds-Barracks in Seckenheim, die 2011 geräumt werden, schon eine erste Planung vor. 2011 wird das Jahr werden, in dem erste wichtige Weichenstellungen für diese gewaltige Zukunftsaufgabe erfolgen werden.

Die Stadt- und Bezirksbeiräte wollen im Februar über den aktuellen Stand der Dinge informieren. Eine erste Bürgerinformationsveranstaltung zum Thema wollen wir Ende März durchführen.
Wohnungsbau in der Innenstadt werden wir auf dem Gelände der Sickingerschule T 4/T 5 realisieren, deren Schließung zum Sommer 2011 im Frühjahr beschlossen wurde. Ähnliches sehen wir nach den Beschlüssen im Haushaltsstrukturprogramm 2013 für das Gelände der Theodor-Heuss-Schule vor.

Die Verbesserung von Architekturqualität und Stadtbild stand 2010 generell im Blickpunkt. Zu nennen sind hier das neue Baukompetenz-Zentrum und die Einrichtung eines Gestaltungsbeirats, der auch für private Bauherren Empfehlungen ausspricht. Die Neuordnung der Plakatierung ist nach dem Empfinden der Mehrheit der Mannheimer eine deutliche Verbesserung, wenn es auch Proteste gab. 2011 beginnt die Neugestaltung oder besser gesagt die Rettung der Augusta-Anlage: Ein Projekt, das ein herausragendes Beispiel gelungener Stadtgestaltung für die Zukunft bewahrt und neu gestaltet. Und es ist zugleich über die starke bürgerschaftliche Beteiligung, die hier vor einem Jahr auf dem Neujahrsempfang begann, ein Symbol für die Bürgerstadt Mannheim.

Besondere Momente waren die Bombenentschärfungen des Jahres 2010, mit über 4000 evakuierten Menschen. Sie zeigten Kompetenz und Routine von allen Beteiligten. Klaus Peter Olsson vom Kampfmittelräumdienst sei in besonderer Weise gedankt. Diese Momente erinnerten uns alle daran, welches Glück es ist, im Frieden zu leben.

Mit der Eishockey-WM, der Staufer-Ausstellung und dem Erfolg bei Mission Olympic ("Deutschlands aktivste Stadt") konnten wir Mannheims Lebensqualität und Attraktivität unter Beweis stellen.

Und die Fußball-WM war auch für unsere Stadt ein positiv stimmendes Ereignis, auch wenn wir uns die eine oder andere Feier etwas anders vorgestellt haben. Den dritten Platz erreichte eine deutsche Fussball-Nationalmannschaft, deren Namensliste gut eine aus unserer bunten und vielfältigen Stadt Mannheim sein könnte. Khediras Siegtreffer im Spiel um Platz 3 – das war nicht nur Fußball, es war auch ein Schritt weiter auf dem Weg zu einer Gesellschaft, die nicht fragt, wo jemand herkommt, sondern wo sie oder er hin will. Bei der Frage, wie weit sie sich als Mannheimerinnen und Mannheimer sehen, sagen knapp 78% der Mannheimer ohne Migrationshintergrund sie sehen sich als vollkommen zugehörig. Der

Wert bei Menschen mit Migrationshintergrund ist nur wenig geringer: Hier sagen knapp 73% „Ich sehe mich als vollkommen zugehörig“. Das kann uns hoffnungsfroh stimmen.

Alles in allem blicken wir also auf ein Jahr zurück, das unsere Stadt für sich genutzt hat. Ein Lohn war die bislang umfangreichste Berichterstattung über Mannheim in den überregionalen Medien, die bisher gemessen wurde. Das wollen wir 2011 fortsetzen und uns besonders als Geburtsstadt des Automobils präsentieren. Mit dem E-Mobility-Kongress und der Auto-Symphonie setzen wir das größte Ausrufezeichen im baden-württembergischen Automobilsommer. In wenigen Tagen wird ein neues Buch über die Mannheimer Erfindung vorgestellt und wir werden in besonderer Weise noch einmal Bertha und Carl-Benz würdigen. Dazu erfahren Sie mehr in einigen Tagen. Auch freuen wir uns auf die Frauen-Fußball-WM in der Region und hoffen, hier Gäste begrüßen zu können und auf etwas der Begeisterung, die wir im letzten Jahr erleben durften.

Ein Problem konnte 2010 nicht gelöst werden: Die Sicherung der vollständigen Einbindung des Mannheimer Hauptbahnhofs an die geplante Neubaustrecke. Im Gegenteil: 2010 brachte hier nicht nur keinen Fortschritt, sondern einen Rückschritt. Unsere Verhandlungen mit der Bahn wurden nach Erfolg versprechendem Beginn unterbrochen. Ganz aktuell gibt es leider klare Hinweise darauf, dass sich das Bundesverkehrsministerium vom Beschluss des deutschen Bundestags, keine Neubaustrecke ohne die Vollanbindung Mannheims zu finanzieren, entfernen will. Ich halte es sogar nicht für ausgeschlossen, dass bei der Bahn nicht nur wie bisher an einen zusätzlichen Bypass gedacht wird, sondern sogar ausschließlich ein Bypass in den Überlegungen ist. Nach meiner Einschätzung wird 2011 das Jahr der Entscheidung werden. Und diese Entscheidung kann unverändert nur lauten: Vollanbindung des Mannheimer Hauptbahnhofs! Wir reden hier nicht von ein paar ICE-Zügen am Tag mehr oder weniger. Wir reden darüber, ob Mannheim seine Stellung als einer der wichtigsten ICE-Knoten behält und ob eine der Grundlagen, warum diese Region überhaupt als Europäische Metropolregion bewertet wird, gehalten werden kann.

Ich will allen, die an dieser Frage versuchen, die klaren Beschlusslagen des Bundestags und den erklärten Willen der Region zu umgehen, ankündigen, dass dies auf unseren entschiedenen Widerstand treffen wird. In den nächsten Wochen wird es darum gehen, durch die Bundestagsfraktionen und die Landesregierungen eindeutige Aussagen zu bekommen, die diesen Planspielen endgültig eine Absage erteilen. Für Anfang Februar habe ich das ICE-Regionalforum einberufen, um unsere nächsten Schritte abzustimmen. Ich bin

sicher, wir werden hier zu einer für Mannheim positiven Entscheidung kommen! Aber das wird noch einmal aller Anstrengungen bedürfen.

Finanziell kann für die nächsten Jahre trotz der guten wirtschaftlichen Entwicklung keine Entwarnung gegeben werden. Und ich weiß, dass restriktive Entscheidungen bei boomender Wirtschaft wenig verstanden werden. Doch: Wenn wir 2012 wieder die gleichen Einnahmen erwarten wie zu der Zeit vor der Krise, dann sind doch die Ausgaben nicht mehr die gleichen. Die allgemeine Teuerung, die älter werdende Gesellschaft mit den steigenden Ausgaben für Sozialhilfe im Alter und der Eingliederungshilfe für Behinderte, die Erziehungshilfe mit stationärer Unterbringung von immer mehr seelisch behinderten jungen Menschen, der gesetzlich verlangte und gesellschaftlich gewollte Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten oder die Ganztagsschulen und Horte: das alles führt zu einem deutlich zweistelligen Millionenbetrag an zusätzlichen Ausgaben jedes Jahr. Auch wenn die Einnahmen wieder das gleiche Niveau wie vier Jahre zuvor erreicht haben werden, bleibt deshalb eine erhebliche Lücke!

Die Aufgabe, einen Haushalt für die Jahre 2012/2013 aufzustellen, wird also nicht leichter werden. Wir wollen dies erstmals noch im vorausgehenden Jahr, also noch 2011 tun. Dies ist ein ehrgeiziges Ziel, weil wir zugleich den Haushalt auf die kaufmännische Buchführung umstellen werden. Zum 1.1.2012 werden wir der Öffentlichkeit also erstmals eine Bilanz vorlegen.

Meine Damen und Herren,
das Jahr 2010 war aus meiner Sicht ein besonderes Jahr, weil es mit Vehemenz Fragen zugespitzt hat, die uns zum Teil auf Jahre beschäftigen werden und beantwortet werden müssen. Es sind drei große Fragen:

1. Die Sicherung der Handlungsfähigkeit der Städte.
2. Die Zukunft unserer Demokratie und die Frage, wie wir eine am Gemeinwohl orientierte Politik sichern und ermöglichen.
3. Die Herausforderungen der Integration und der Erhalt des Sozialen.

Zum Ersten: Die Handlungsfähigkeit der Städte ist ohne Zweifel bedroht. Das ist selten so deutlich geworden wie im vergangenen Jahr. Die Haushaltsjahre 2009 und 2010 waren die schlechtesten der deutschen Kommunen nach dem zweiten Weltkrieg. Die

Handlungsfähigkeit der Städte ist aber existenziell für die Gesellschaft insgesamt. Bei immer mehr Fragen erweist es sich, dass ohne die Gestaltungskraft und die Kompetenz vor Ort die Probleme nicht zu bewältigen sind.

Die angesprochenen Fragen der Zukunft der Demokratie, der Erhalt von Gemeinschaft, Integration, Kinderbetreuung, Erziehung und Bildungserfolg, Klimaschutz und letztlich die notwendige Infrastruktur für die Wirtschaft – all das kann positiv nur mit handlungsfähigen und starken Städten positiv gestaltet werden. Die Städte haben dabei im Wesentlichen kein Einnahmeproblem. Eine konjunkturelle Krise wäre zu bewältigen. Das Problem der Städte sind strukturell ständig steigende Ausgaben, für die es keinen Ausgleich gibt. Nicht alle Städte sind davon in gleicher Weise betroffen. Eine wirksame Kommunalfinanzreform, die nicht mit der Gießkanne hantiert, sondern konzentriert dort hilft, wo es tatsächlich nötig ist, setzt deshalb an den Sozialkosten an und sorgt dafür, dass neue Aufgaben tatsächlich refinanziert werden.

Leider werden in der Frage der Kommunalfinanzen immer noch ideologische Diskussionen geführt, die zur Lösung der Probleme nichts beizutragen haben, sie im Gegenteil noch verschärfen würden. Die Oberbürgermeister im Städtetag sind einhellig, über alle Parteigrenzen hinweg derselben Auffassung: Wir wollen den Erhalt der Gewerbesteuer und wir wollen keine Zuschläge auf die Einkommenssteuer. Allein diese Einigkeit signalisiert schon, dass es hier nicht um ideologische Positionen geht. Sie basiert schlicht und einfach auf dem gesammelten Erfahrungswissen der Praktiker. Es wäre schön, wenn dies einmal von jenen in der Bundespolitik und den Medien so wahrgenommen und akzeptiert würde, die ständig weiter eine Diskussion am Leben halten, die z.B. für eine Stadt wie Mannheim verheerende Auswirkungen hätte. Ich möchte Ihnen das kurz erläutern, weil Sie als Bürgerinnen und Bürger unmittelbar betroffen wären.

Bisher erhalten die Kommunen einen Anteil aus einem pauschalierten Steuerbetrag für jeden Einkommenssteuerzahler. Bei einem kommunalen Zuschlag auf die Einkommenssteuer müsste die Pauschalierung entfallen, die Einkommensunterschiede zwischen den Bewohnern der einzelnen Städte würde damit noch stärker ins Gewicht fallen. Der Deutsche Städtetag hat dies einmal am Beispiel der Städte Düsseldorf und Duisburg ausgerechnet. Düsseldorf würde dadurch 25% mehr Anteil an der Einkommenssteuer erzielen, Duisburg 30% weniger. Mit einem höheren Steuerzuschlag müsste Duisburg nun diesen Verlust ausgleichen, Düsseldorf könnte sogar die Steuern senken. Die Städte mit besonderen

sozialen Herausforderungen, die sowieso unterfinanziert sind, würden weiter benachteiligt. Obwohl sie bereits jetzt schon im Schnitt weniger Leistungen für ihre Bürger erbringen können, müssten sie von diesen dann höhere Steuern verlangen. Da die Ursachen für solche Ungleichheiten über Jahrzehnte gewachsen und nicht einfach zu beseitigen sind, ist das Gerede vom Steuer- und Leistungswettbewerb zwischen den Städten völlig abwegig. Das allseits bekannte Stadt-Umland-Problem würde sich weiter verschärfen. Die Städte müssten höhere Einkommenssteuer verlangen als die kleineren Kommunen im Umland, da sie mehr Leistungen erbringen und höhere Sozialausgaben tragen. Für die Leistungen, die die Städte für die Regionen erbringen, müssten die Bürger der Städte in diesem System persönlich mehr Steuern bezahlen. Ich will hier daran erinnern, dass 50% und mehr der Besucher unserer Kultureinrichtungen, der Patienten unseres Klinikums aus dem Umland stammen, dass unsere Berufsschulen und Gymnasien von zahlreichen Schülern aus der Region besucht werden, dass die Infrastruktur unserer Stadt von 100.000 Einpendlern täglich und den zahlreichen Besuchern der Einkaufs- und Kulturstadt Mannheim genutzt werden. Dafür die Stadtbewohner mit höheren Steuern zu belasten, ist ein Stadtvertreibungsprogramm für Besserverdienende, wie man es sich effektiver kaum vorstellen kann.

2011 muss das Jahr sein, in dem eine andere Antwort auf die Finanzkrise der Kommunen gegeben wird. Ich kann nur hoffen, dass die Antwort dem Ernst der Lage einigermaßen gerecht wird. Allein können das die großen Städte, vor allem die Städte mit erheblichen sozialen Herausforderungen, zu denen Mannheim gehört, nicht lösen. Wir brauchen veränderte Rahmenbedingungen und endlich eine sachgerechte Finanzausstattung.

Meine Damen und Herren,
unter dem Stichwort Stuttgart 21 ist bundesweit mit einem Schlag ein Thema in den Blickpunkt der Öffentlichkeit geraten, mit dem wir uns in unserer Stadt schon seit längerer Zeit intensiv auseinandersetzen und das bereits Thema während meines Wahlkampfes war, nämlich der erkennbare Wunsch eines zunehmenden Teils der Bevölkerung, in Entscheidungsprozesse einbezogen zu sein und die Notwendigkeit, die Qualität und die Akzeptanz von Entscheidungen durch neue Verfahren der Beteiligung zu sichern. Das sind zunächst einmal für mich positive Herausforderungen. Ich bin also weit entfernt von der Haltung Vieler, die in dieser Entwicklung eine Bedrohung sehen und sie ausschließlich negativ interpretieren.

Wir müssen aber auch über Tendenzen sprechen, die in besonderer Weise im Jahr 2010 deutlich geworden sind; die gefährlich sind für unsere Demokratie und unser Gemeinwesen. Zum einen ist erkennbar, dass von einigen in Frage gestellt wird, ob überhaupt Entscheidungen gegen Mehrheiten und den Widerstand von Betroffenen durchgesetzt werden dürfen.

Teilweise offenbart sich ein erschreckender Mangel an Wissen und Nachdenklichkeit darüber, wie ein Gemeinwesen überhaupt funktionieren kann. Zwei Zitate aus Mannheim: „Wieso darf der Gemeinderat das überhaupt entscheiden – die habe ich nicht gewählt". Oder: „wenn alle Mannheimer entscheiden, dann sind da ja viele dabei, die überhaupt nicht betroffen sind, das ist doch nicht in Ordnung". Oder ein Zitat aus der Bundespolitik: „die Legitimation durch Verfahren reicht nicht mehr aus". Meine Damen und Herren, das macht mir Sorge. Denn an einem darf kein Zweifel bestehen: Wir müssen uns auf Spielregeln und Verfahren verständigen. In der Demokratie gilt, dass die Mehrheit entscheidet und entscheiden darf – bis an die Grenze dessen, wo die Rechte Einzelner so berührt werden, dass Gerichte eingreifen zum Schutz dieser Einzelinteressen. An diesen Grundsätzen dürfen wir nicht rühren. Und sie dürfen auch nicht beliebig in Frage gestellt werden, wenn eine Einzelentscheidung einigen nicht passt. Sie werden oftmals nicht in Frage gestellt von sogenannten Randgruppen der Gesellschaft, sondern erschreckender Weise von wichtigen Funktionsträgern.

„Die Demokratie ist die schlechteste aller Staatsformen, abgesehen von allen anderen", hat Winston Churchill einmal gesagt. Das bringt das Dilemma der Demokratie auf den Punkt. Sie ist schwierig, sie ist oft nicht wertgeschätzt, sie ist aber ein kostbares Gut. Keiner von uns will ernsthaft in einer anderen Staatsform leben. Mit der Demokratie ist es aber wie mit der persönlichen Gesundheit. Unverzichtbar, aber trotzdem im Alltag nicht ausreichend wertgeschätzt. Aber ab und zu ist es wichtig, sich die Bedeutung ins Bewusstsein zu rufen und etwas zu tun. Und ich glaube, dieser Moment ist jetzt. Wir brauchen offensichtlich eine neue Verständigung über die Verfahrensregeln, über Transparenz und Beteiligung, aber auch den Konsens, dass nicht ständig neue Regeln erfunden und verlangt werden und Entscheidungen, die nach diesen Regeln getroffen worden sind, am Ende auch von denen akzeptiert werden, die anderer Meinung sind. Wenn dies nicht mehr gelingt, legen wir die Axt an die Wurzeln unseres Gemeinwesens. Eine wichtige Rolle kommt dabei auch den Medien zu.

Wie es uns gelingt, Beteiligung zu organisieren und wie sehr eine Stadtgesellschaft gemeinsam an der Verwirklichung von Zielen arbeitet, das ist die im Übrigen auch entscheidend für den Erfolg der Stadt insgesamt. Im internationalen Zusammenhang werden zwei Begriffe als Erfolgsfaktoren für Städte benannt: „Leadership“ und „Participation“, „Führung“ und „Beteiligung“. Und natürlich ist Ihnen das Spannungsverhältnis klar, das in diesen Begriffen liegt. Wie erreichen wir beides: dass Führung und damit eine Linie erkennbar bleibt und gleichzeitig viele sich beteiligen?
Wir versuchen, Antworten auf diese Frage zu geben: 1. mit klaren, transparenten Zielen, die auch hier beim Neujahrsempfang präsentiert werden. 2. mit neuen Beteiligungsverfahren – so bei GKM Block 9, dem Entwicklungskonzept Innenstadt, bei Strandbad und Aufeld, bei der Stadtbahn Nord, aber auch bei Q 6/ Q 7. Wir gehen jetzt 2011 in eine neue Phase, in dem wir das Projekt „Bürgerbeteiligung und bürgerschaftliches Engagement“ im Rahmen unseres Veränderungsprozesses starten. Am Ende hoffe ich, dass wir für Mannheim den eben angesprochenen Konsens über Verfahren, Transparenz und Akzeptanz erreichen. Wir werden in diesem Rahmen auch als eine der ausgewählten Städte an einem großen Projekt des Bundespräsidenten, dem „BürgerForum 2011“ teilnehmen. 400 Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt werden dazu eingeladen werden. Und 3. mit Gemeinschaft bildenden großen Projekten – so verstehe ich die Bewerbung um die Kulturhauptstadt: gemeinsam die Stadtentwicklung zu beschreiben und gemeinsam an der Umsetzung zu arbeiten. Führung bedeutet in meinem Verständnis, solche Prozesse zu organisieren und Impulse zu setzen. Welches Aktivierungspotential in unserer Stadt vorhanden ist, haben wir allein für den Bereich des Sports 2010 mit „Mission Olympic“ gezeigt – mit 5.000 Ehrenamtlichen, Zehntausenden Beteiligten und dem verdienten Titel „Deutschlands aktivste Stadt“.

In einem engen Zusammenhang mit der Debatte um die Demokratie und die Akzeptanz von Entscheidungen steht die Tendenz einer Entsolidarisierung in der Gesellschaft. Auch das ist eine Gefahr. Nimmt der Abstand von Arm und Reich in einer Gesellschaft zu, nehmen auch die Begegnungen ab. Aus mangelnder Begegnung, aus mangelnder Erfahrung entstehen Vorurteile, Distanz, zum Teil Verachtung. Verstärkt wird dies dadurch, dass in den Medien zur Belustigung des Publikums jeden Tag eine wie es heißt „bildungsferne Unterschicht“ vorgeführt wird. Sie prägen damit zu Unrecht das Bild von vielen Menschen mit und erzeugen den Eindruck, dass letztlich alle für ihre soziale Situation selbst verantwortlich sind. Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass obwohl der wohlhabende Teil der Gesellschaft Einkommenszuwächse erzielt hat, während der ärmere Teil der Gesellschaft Einkommensverluste hat hinnehmen müssen, die Bereitschaft abnimmt, die Schwächeren zu

unterstützen und die Ablehnung von Minderheiten, Behinderten und sozial Schwachen zunimmt. Das belegen neuere Untersuchungen aus dem Jahr 2010.

Wie bei der Frage der Demokratie sind auch hier die Städte in besonderer Weise gefordert, aber auch handlungsfähig. Begegnung zu organisieren, bürgerschaftliches Engagement im sozialen Bereich und in der Bildung zu unterstützen: das ist ein zentraler Ansatz in unserer Gesellschaft, insbesondere in unseren Städten, Gemeinschaft zu erhalten. Wir diskutieren über Parallelgesellschaften. Dabei geht es meines Erachtens nicht nur um Migranten. Wenn wir aber Parallelgesellschaften nicht zulassen wollen und dürfen – und das ist meine feste Überzeugung – dann müssen wir aktiv für unser Ziel „einer Gesellschaft“ etwas tun. Jedes Hilfsangebot, jede konkrete Begegnung, jede Erzählung über eine solche Begegnung verändert etwas zum Positiven hin, gestaltet positiv unsere Gemeinschaft.

Für mich ist übrigens das das eigentliche Problem der Thesen von Thilo Sarrazin: Sie spalten und motivieren gerade nicht zum positiven, fördernden Handeln, wie wir es in unserer Stadt zum Glück an so vielen Stellen haben. Mangelnde Teilhabe liegt für ihn an einem mangelnden Teilhabe-Willen. Das können wir aus unserer Erfahrung in Mannheim nicht bestätigen: Die Integrationskurse in Mannheim sind eine Erfolgsgeschichte und sie sind freiwillig nachgefragt. Allerdings werden jetzt die Bundesmittel dafür reduziert, obwohl angeblich jeder mehr Integration will. Und Sarrazin erklärt einen mangelnden Teilhabe-Willen zum Teil über die Religion. Auch dies können wir schon aus eigener Erfahrung und durch Studien des Mannheimer ZEW widerlegen. Wir haben dieselben Probleme mit mangelnden Bildungserfolgen und Integration bei Menschen aus Sizilien wie aus Anatolien – und ganz ähnliche Ursachen. Zugleich sehen wir überdurchschnittliche Erfolge bei Menschen aus einzelnen islamischen Ländern.

Es schadet uns, 8% unserer Bevölkerung in Mannheim mangelnden Integrationswillen und Ablehnung unserer Werte zu unterstellen. Auch hilft uns die pauschale Dämonisierung des Islam nicht. Vielmehr ist es wichtig zu differenzieren und positive Ansätze zu bestärken, aber auch klar zu den Grundsätzen unserer Verfassung, der Toleranz und Religionsfreiheit zu stehen. Dort, wo Religionen Menschen von der Gesellschaft entfernen anstatt sie in der Gesellschaft lebensfähig zu machen, müssen wir reagieren. Aber das bedeutet Dialog, Stellen von Forderungen und Unterstützung derjenigen, die eine offene Gesellschaft vertreten und nicht pauschale Distanzierung. Wir werden sonst in einen Kulturkampf getrieben, der an völlig falschen Fronten verläuft. David Precht hat in einem Artikel im

Spiegel darauf hingewiesen: Nicht gegen den gläubigen, türkischen Gemüsehändler, dessen Töchter eine Ausbildung machen, perfekt Deutsch sprechen und Kopftuch tragen, richtet sich die Sorge und die Angst. Angst erzeugt aber beispielsweise der verrohte Gangsta-Rapper, der in der Straßenbahn Deutsche beschimpft. Das ist eine tiefe Irritation über jemanden, der unsere Werte nicht teilt, sie offen ablehnt. Das hat aber nicht per se mit dem Islam zu tun. Wenn es eine Front gibt, dann eine zwischen Gemeinsinn, Freiheit und Demokratie auf der einen Seite und Intoleranz, Egoismus, bloßen Materialismus, Missachtung des Rechts auf der anderen. Das ist die Linie, über die wir streiten sollten in unserer Gesellschaft. Und wir finden Menschen unterschiedlichster Prägung auf beiden Seiten.

Mehr Gemeinschaft und Begegnung ist die zentrale Antwort auf all diese Fragen. Jede Aktivität, die zu mehr Gemeinschaft beiträgt, ist im Übrigen auch ein Beitrag zu mehr Sicherheit. Vor wenigen Wochen wurde ein außerordentlich sympathischer Film über Mannheim vorgestellt mit dem Titel „Transnationalmannschaft“. Es geht um die Menschen verschiedener Kulturen in der Filsbach und im Jungbusch während der Fußball-Weltmeisterschaft. Es ist ein Beispiel für gelingende Integration. Und es ist ein Beispiel für präventive Arbeit, für Kriminalitätsvermeidung. Der Film wird auch in der Fortbildung der Polizei als positives Beispiel eingesetzt werden. Er zeigt: Sicherheit entsteht nicht allein durch reagierende oder Präsenz zeigende Ordnungskräfte. Eine Politik und eine Praxis für mehr Sicherheit beginnen weit früher. Die Kriminalitätsbelastung hat sich von 2006 zu 2010 in Mannheim um mehr als 20% reduziert. An einzelnen, die Stadtatmosphäre prägenden Orten, konnten noch spektakulärere Ergebnisse erzielt werden. So hat sich die Kriminalitätsbelastung auf der der Breiten Straße in den letzten Jahren auf fast ein Drittel, an einer Stelle immerhin auf die Hälfte reduziert. Solche Ergebnisse sind Resultat von vielen Ansätzen der Prävention: ob Methadonprogramm, aber auch die seinerzeitige Videoüberwachung als Impuls, ein Projekt wie „Zappelphillip“, Bildungsprojekte, oder die Umgestaltung von Plätzen mit mehr Beleuchtung und Einsehbarkeit oder Quartiermanagement, Gemeinschaft bildende Aktivitäten, Jugendprojekte in Zusammenarbeit mit der Polizei und, und, und ...
Es sind Zahlen, die nicht überall so erzielt werden. So ist in manch anderer Stadt Baden-Württembergs in den letzten beiden Jahren die Kriminalitätsbelastung gleich geblieben oder gar gestiegen. Es sind Zahlen, die damit zeigen: es kann etwas bewirkt werden. Vor Ort. Es macht einen Unterschied, ob wir handeln und wie wir handeln, ob wir zusammenarbeiten – oder eben nicht. Das gesellschaftliche Klima gestalten wir selbst!

Deshalb ist es mir wichtig, dass wir heute ein Thema in den Blickpunkt des Neujahrsempfangs stellen, das sowohl Voraussetzung wie Ergebnis eines funktionierenden Zusammenlebens, einer funktionierenden Stadtgesellschaft ist: Sicherheit. Und ich danke Professor Christian Pfeiffer, dass er dazu zu uns sprechen wird.

Viele Menschen tragen ehrenamtlich und hauptamtlich zu unserer Sicherheit bei: zu schneller Hilfe, zur Vermeidung von Unglücksfällen, zu einer sozialen Gemeinschaft, zur Verhinderung oder Aufklärung von Straftaten. Drei Dinge wollen wir dabei heute in das Zentrum rücken: Die Tatsache, dass Mannheim sicherer geworden ist. Das Bewusstsein, dass soziales Miteinander Sicherheit erhöht und Kriminalität vermeidet.
Vor allem aber wollen wir die Menschen ins Zentrum rücken, die sich engagieren. Einigen Ehrenamtlichen werde ich gleich hier danken für ihr Engagement. Aber auch die Hauptamtlichen, die manches Mal ihr eigenes Leben in die Wagschale werfen, möchte ich erwähnen und Ihnen danken – bei den Feuerwehren, dem THW, der Polizei, den Rettungsdiensten, dem Kommunalen Ordnungsdienst.

Meine Damen und Herren,
ich weiß, dass Sie sich als Besucher dieses Neujahrsempfangs besonders für unsere Stadt interessieren. Sie sind Bürgerinnen und Bürger im besten Sinne. Sie nehmen an den öffentlichen Dingen Anteil. In welch großem Maß dies geschieht, ist eine der entscheidenden Qualitäten unserer Stadt. Ich bin deshalb optimistisch, dass wir die genannten gesellschaftlichen Herausforderungen bewältigen. Und Ihr Beitrag dabei ist wichtig. Gemeinsam können wir dafür sorgen, dass wir in einem Jahr auch auf 2011 zufrieden zurückschauen können. Dafür danke ich Ihnen schon jetzt.